



Abwechslungsreiche Aktionen



RSS | Twitter | Facebook | E-Paper

vormittags 10° C	mittags 10° C	abends 9° C	nachts 5° C
-------------------------	----------------------	--------------------	--------------------

[Wetterdetails \(Donnerstag, 17.3.2011\)](#)
[Wetterübersicht anzeigen \(3 Tage\)](#)

VITALSANA
Versand Apotheke

Vitalsana.eu
Versandkosten frei (ab 15€)
online einkaufen!

**DIE NEUEN
TRENDS SIND DA!**
HappySize

Kontakt | Impressum
Donnerstag, 17.03.2011

[Lokales](#) | [Überregional](#) | [Sport](#) | [Kultur & Freizeit](#) | [Abo](#) | [Service](#) | [Galerien](#) | [Archiv](#) | [Anzeigen](#) | [Look](#) |

■ Eine Frage hätt' ich noch

an Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grünen



Region. Was wollen Sie für die Umsetzung von Artenschutz, Landschaftsschutz, Hochwasserschutz, Nulllösung im Flächenverbrauch tun?

Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grünen:

Ich schlage vor, dass der Ökolandbau und eine naturverträgliche Landnutzung in der Region stärker gefördert werden, um unsere immer weniger werdenden Landwirte aus dem Teufelskreis des „wachse oder weiche“ herauszuholen. Natur und Arten müssen strikt geschützt, gleichzeitig muss nachhaltig mit den natürlichen Ressourcen umgegangen werden. Ich bin z.B. für die Wiederezulassung von „Wildnis“, wie mit der Einrichtung von Nationalparks. 5% unserer Wälder soll eine ungestörte Waldentwicklung ermöglicht werden. Wildwanderwege müssen konsequent geschützt und nicht weiter durch Straßen zerschnitten werden. Zum Hochwasserschutz sind die Schaffung weiterer Retentionsflächen und die Renaturierung der Flussbette wichtig. Ein Ende des bisher ungezügelter Flächenverbrauchs mit 7 Hektar pro Tag in Baden-Württemberg erreichen wir durch verbindliche Planungsinstrumente, wie der Priorität für Innenentwicklung, der Nutzung von Brachflächen und der Verpflichtung zur Entseelung als Ausgleich für die Inanspruchnahme neuer Flächen.

Wie ist ihre Haltung zu Grüner Gentechnik und Verträglichkeit zu konventionellem und Bio-Landbau? Welche Gefahren sehen Sie auch über EU-Beschlüsse auf unser Land zukommen?

Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grünen:

Ich teile die Ablehnung grüner Gentechnik und durch sie veränderter Lebensmittel mit über 80% der Bevölkerung. Deshalb bin ich Mitbegründer der Kurpfälzer Bürgerinitiative „BürGenLand“, die erfolgreich dafür gearbeitet hat, dass in Ladenburg keine Versuche mit Genmais mehr stattfinden. Die Risiken der grünen Gentechnik sind völlig unzureichend referiert, sie ist damit auch keinesfalls ein

Login

Benutzer

Benutzername oder Passwort vergessen?

Regional Ticker

Hohensachsen: Bastelkreis spendet 4500 Euro

Weinheim: Infos zum OEG-Ausbau

Hirschberg: Programm für Partnerschaftsfeier

[Alle aktuellen Artikel](#)

Eine Frage hätt' ich noch

an Gerhard Kleinböck, SPD

Region. Was wollen Sie für die Umsetzung von Artenschutz, Landschaftsschutz, Hochwasserschutz, Nulllösung im Flächenverbrauch tun?

[weiter](#)

Lesen Sie auch:

Eine Frage hätt' ich noch

- [an Dr. Birgit Arnold, FDP](#)
- [an Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grünen](#)
- [an Georg Wacker, CDU](#)
- [an Matthias Hördt, Die Linke:](#)

Malta-Blog

Kulinarisches von der Insel

Region. Falko Winkler (SKG Ober-Mumbach) spielt und arbeitet künftig auf Malta. Nach dem Marketing-Studium will der 25-Jährige Erfahrungen im Ausland sammeln. Von diesen Erfahrungen berichtet er ab sofort regelmäßig an dieser Stelle.

[weiter](#)

Jetzt kostenlos Mitglied werden!

VABO VORTEIL
Weinheimer Nachrichten
Odenwälder Zeitung

WBG
WISSEN VERBINDET

happy-size.de
Sexy Rundungen perfekt in Szene gesetzt: Mode von Happy Size!

Kabel Deutschland

kabeldeutschland.de
Flatrates ab 12,90€ bis 100 Mbit/s!

TARGET PERFORMANCE

vollig unzureichend ersorcht, sie ist damit auch keinesfalls ein

Hilfsmittel gegen den Hunger. Die baden-württembergische Landwirtschaft ist kleinteilig, die Vereinbarkeit von konventionellem und Bio-Landbau mit grüner Gentechnik ist nicht möglich. Ich setze mich für eine gentechnikfreie Rhein-Neckar-Region ein, die zum Markenzeichen für qualitativ hochwertige und gesunde Produkte unserer Landwirtschaft werden soll. Um EU-Beschlüsse pro grüne Gentechnik erfolgreich abwehren zu können, müssen in Europa die rechtlichen Möglichkeiten zur Einrichtung gentechnikfreier Zonen geschaffen werden.

Wie sehen Sie die Trend-Entwicklung des Arbeitsmarktes weg von Planstellen hin zu kurzfristigen Arbeitsverträgen von meist 2 Jahren für qualifizierte Arbeitnehmer, insbesondere unter dem Aspekt der damit verbundenen Diskriminierung und Lohndumpings der durch Berufserfahrung besser bezahlten älteren Arbeitnehmer ab Mitte 40 und für die Berufsperspektiven generell?

Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grünen:

Ein Mindestlohn ist notwendig, um alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer effektiv vor Lohndumping zu schützen. Dies ist heute nicht gewährleistet - mit schlimmen Folgen: Nahezu 6,6 Millionen Menschen müssen für einen Niedriglohn arbeiten. Gut 3,4 Millionen davon verdienen weniger als sieben Euro in der Stunde, mehr als eine Million sogar weniger als fünf Euro. Von solchen Einkommen den Lebensunterhalt zu bestreiten, ist kaum möglich. Deswegen müssen viele Betroffene ergänzendes Arbeitslosengeld II beantragen. Ich setze mich für eine verbindliche Lohnuntergrenze ein, die für alle Beschäftigten ohne Ausnahme gilt. Wir fordern daher, alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zuverlässig vor Niedriglöhnen zu schützen. Wir haben dazu zahlreiche Initiativen im Land und im Bund gestartet, u. a. mit einem Gesetzentwurf, der keine Schlupflöcher enthält und Mindestlöhne für alle Beschäftigten in allen Branchen sicherstellt: Trotz klarer Fakten wehren sich CDU und FDP gegen einen flächendeckenden Mindestlohn.

Erklären Sie ihr Verständnis von nachhaltiger Energiepolitik: Beleuchten Sie die Rolle der Energiemonopolisten in Zusammenhang mit dem Rückzug aus dem Atomausstieg und der Konkurrenzfähigkeit alternativer Energien im Bezug auf ihre Marktanteile.

Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grünen:

Nachhaltige Energiepolitik folgt den drei großen E's, sprich Energiesparen, Energieeffizienz und Einsatz erneuerbaren Energien. Dafür haben wir insbesondere in unserer sonnenreichen Metropolregion riesige Potenziale. Allein die konsequente Dämmung des Hausbestandes mit Fördermitteln würde bis zu 25% Energie sparen helfen. So entsteht regionale Wertschöpfung im Energiebereich, die viele Arbeitsplätze vor unserer Haustür schaffen und sichern kann. Die Energiemonopole waren die treibende Kraft für die Verlängerung der AKW-Laufzeiten. Sie sind die Profiteure, denn die alten hoch subventionierten Atommeiler sind wahre Gelddruckmaschinen. Der Markt wird derzeit wieder mit teurem Atomstrom überschwemmt. Die Markteinführung von alternativen Energien wird massiv behindert, milliardenschwere Investitionsvorhaben aus Mittelstand und Stadtwerken werden in Frage gestellt.

Baden-Württemberg ist nach einer PM des Landesfrauenrates vom 1. März 2011 „Trauriges Schlusslicht in Sachen Chancengleichheit“. Welche Konzepte haben die Grünen, neben der Forderung: „... mehr Frauen in die Führungsetagen der Wirtschaft“, gegen diese Frauenbenachteiligung entwickelt?

Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir wollen vorrangig im Berufsleben ansetzen. In Baden-Württemberg verdienen Frauen im Schnitt 28,5 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, im Bundesdurchschnitt sind es 23 Prozent. Grüne wollen den Verdienstunterschied bis zum Jahr 2020 auf höchstens 10 Prozent reduzieren und gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften ein konkretes Programm zur Verringerung dieser Diskrepanzen durchsetzen. Dabei wollen wir an die Ursachen der Entgeltlücke gehen:

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen; Beendigung der Entgelt-Diskriminierung in den „zwischen Frauenberufen“:



Videos Thema des Tages Computer

Top 3 Neueste 3

- Außer Kontrolle: Hubschraubereinsatz am AKW abgebrochen
→ Video ansehen
- So zieht Irina Shayk nicht nur Ronaldo in ihren Bann
→ Video ansehen
- Fieser Hoden-Grabscher auf dem Fußballfeld
→ Video ansehen

→ Alle Videos ansehen



Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Letzteres wird jetzt notwendig, da alle Versuche zu freiwilligen Regelungen bei der Besetzung von Führungs- und qualifizierten Positionen in Unternehmen kläglich gescheitert sind. Eine faire Politik der Gleichstellung von Frauen mit Männern muss auch in den öffentlichen Verwaltungen vorangebracht werden. Auch bei Wahlen müssen Frauen künftig auf den Listen der Parteien die gleiche Zahl an Plätzen wie Männer erhalten.

Sollte es in der nächsten Legislaturperiode zur Möglichkeit von Volksentscheiden auf Landkreisebene kommen, wo würden Sie das Quorum gesetzt wissen wollen?

Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir wollen Volksbegehren und – entscheide auch auf Landkreisebene ermöglichen. Diese werden z.B. im Rhein-Neckar-Kreis sicherlich seltener stattfinden als in der Gemeinde, aber auch hier sollen in Konfliktfällen die Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort haben. Bei der Festsetzung der Spielregeln und Quoren orientieren wir uns an den bayerischen Regelungen: 5% müssten ein Begehren unterzeichnen; 10% den Entscheid unterstützen. Das wäre eine für mich vorstellbare Regelung z.B. für den Rhein-Neckar-Kreis.

Welchen Stellenwert räumen Sie dem Schutz unserer Natur und Landschaft in der Rhein-Neckar-Region ein gegenüber wirtschaftlichen Interessen mit neuen Siedlungs- und Gewerbegebieten und Verkehrswegen?

Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grüne:

Die Metropolregion Rhein-Neckar und mit ihr die Bergstraßenregion haben die Krise gut bewältigt und sind für die Zukunft gerüstet. Das künftige Wachstum in der Region wird sich mehr auf Qualität als auf Quantität stützen. Neue Industrie- und Gewerbeflächen müssen äußerst behutsam und vorrangig zur Abrundung vorhandener Gebiete und auf Brach- und Konversionsflächen eingerichtet werden. Wir müssen in diesem Zusammenhang endlich den unsinnigen Konkurrenzkampf der Gemeinden um Gewerbesteuer beenden und interkommunale Gewerbesteuern schaffen. Auch bei neuen Wohngebieten gilt das Prinzip „Innen- vor Außenentwicklung“. Angesichts des immer noch ungehemmten Flächenverbrauchs von sieben Hektar pro Tag in Baden-Württemberg wird ein sparsamer Umgang mit diesem wertvollen Gut sehr dringlich.

Würden Sie eine Bürgerbefragung zu S21 unterstützen?

Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grüne:

Ja. Wir Grüne haben schon 2007 das erste Bürgerbegehren in Stuttgart unterstützt, das von der damaligen Mehrheit aus CDU und SPD abgelehnt wurde. Das war eine verhängnisvolle Fehlentscheidung, wie man heute weiss. Wir unterstützen das neue Bürgerbegehren, das sich gegen die finanzielle Beteiligung der Stadt an einer Aufgabe des Bundes richtet. Sowohl der Umbau eines Bahnhofes als auch der Bau einer Bahnstrecke sind nach Grundgesetz 100%ige Bundesaufgaben. Wir Grüne haben zugesagt, im Falle einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg eine Volksabstimmung zur Frage durchzuführen, ob das Land sich am Bau von S21 und der Neubaustrecke nach Ulm finanziell beteiligen soll. Diese Frage ist ebenso wie die Frage nach der Beteiligung der Stadt Stuttgart dringend zu klären. Ich bin im Übrigen davon überzeugt, dass nur die hohe demokratische Autorität einer Volksabstimmung den Streit um S21 klären und den Konflikt auf Dauer befrieden kann. Das Ergebnis einer Volksabstimmung würde sicher von allen Beteiligten akzeptiert werden. Das konnte von der Faktenschlichtung nicht erwartet werden.

Werden Sie sich für den Atomausstieg stark machen?

Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grüne:

Die Fortsetzung des von der rot-grünen Bundesregierung mit der Energiewirtschaft vereinbarten Fahrplans zum Ausstieg aus der Atomenergie ist ein zentrales Anliegen der Grünen. Davon machen wir auch eine etwaige Koalition in Baden-Württemberg abhängig. Wir wollen damit u.a. die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zugunsten des Atomausstiegs verändern. Wir werden im Falle einer

Strom-Tarifrechner

Finden Sie den günstigsten Stromanbieter in Ihrer Region:

kWh/Jahr

Kunde Haushalt Gewerbe

PLZ

Weitere Einstellmöglichkeiten finden Sie im [Strom-Tarifrechner](#)

Regierungsbeteiligung auch Verhandlungen mit der Bundesregierung über die verbleibende Laufzeit der AKWs in Baden-Württemberg aufnehmen. Gleichzeitig klagen wir vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der offensichtlichen Verfassungswidrigkeit der Beschlüsse von Bundesregierung und Bundestag. Wir wollen damit alle Möglichkeiten nutzen, den Atomausstieg unumkehrbar zu machen.

Welche Alternativen sehen Sie zum Atomstrom?

Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir können die Energieversorgung in der Metropolregion Rhein-Neckar und im ganzen Land bis 2030 mit dem konsequenten Einsatz der drei E's (Energiesparen, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien) umstellen. Energiesparen verringert den derzeitigen Energieverbrauch um bis zu 30%. Die Potentiale für erneuerbare Energien im Strom- und Wärmebereich sind so groß, dass bereits 2020 die Menge in Baden-Württemberg produziert werden kann, die private Haushalte und öffentliche Einrichtungen jährlich verbrauchen. In der Wirtschaft geht es um die Steigerung der Energieeffizienz durch technische Innovation und den sparsamen Umgang mit Ressourcen. Diese Energiewende besteht aus einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die eines gemeinsam haben: Sie schonen die Umwelt, wirken wirtschaftlich nachhaltig und schaffen in Handwerk und Wirtschaft viele neue Arbeitsplätze.

Würden Sie eine Bürgerbefragung zu S21 unterstützen?

Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grünen:

Ja. Wir Grünen haben schon 2007 das erste Bürgerbegehren in Stuttgart unterstützt, das von der damaligen Mehrheit aus CDU und SPD abgelehnt wurde. Das war eine verhängnisvolle Fehlentscheidung, wie man heute weiss. Wir unterstützen das neue Bürgerbegehren, das sich gegen die finanzielle Beteiligung der Stadt an einer Aufgabe des Bundes richtet. Sowohl der Umbau eines Bahnhofes als auch der Bau einer Bahnstrecke sind nach Grundgesetz 100%ige Bundesaufgaben. Wir Grünen haben zugesagt, im Falle einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg eine Volksabstimmung zur Frage durchzuführen, ob das Land sich am Bau von S21 und der Neubaustrecke nach Ulm finanziell beteiligen soll. Diese Frage ist ebenso wie die Frage nach der Beteiligung der Stadt Stuttgart dringend zu klären. Ich bin im Übrigen davon überzeugt, dass nur die hohe demokratische Autorität einer Volksabstimmung den Streit um S21 klären und den Konflikt auf Dauer befrieden kann. Das Ergebnis einer Volksabstimmung würde sicher von allen Beteiligten akzeptiert werden. Das konnte von der Faktenschlichtung nicht erwartet werden.

Wie sehen Sie das Thema Studiengebühr?

Uli Sckerl, Bündnis 90/Die Grünen:

Die von CDU und FDP eingeführten Studiengebühren lehne ich ab. Die bisherigen Erfahrungen zeigen mir, dass sehr viele Studierende dadurch erheblich belastet, in nicht wenigen Fällen vom Studium abgehalten oder zum Ausweichen auf andere Bundesländer gezwungen werden. Die Finanzmisere der Hochschulen selbst ist aber durch die Gebühren kaum verbessert worden. Das Studium muss unabhängig vom Einkommen der Eltern für alle Studierwilligen möglich sein. Die Grünen fordern deshalb ein gebührenfreies Erststudium bis zum Masterabschluss bzw. bis zum derzeit noch existierenden Staatsexamen. Die dadurch wegfallenden Mittel aus Studiengebühren müssen mit Landesmitteln kompensiert werden, um das Lehrangebot nicht zu verschlechtern.

Bisher noch keine Kommentare.

Kommentar hinterlassen

Einloggen um Kommentar abzugeben

[zum Login] [Neu registrieren]

[Das könnte Sie auch interessieren](#)

+++ Live-Ticker zur Japan-Katastrophe +++

Tokio/Berlin (dpa) - Live-Ticker zur Lage in Japan, zu den internationalen Reaktionen und zur Atom-Debatte in... [weiter](#)



Wir suchen dich - Webentwickler (m/w)

Du bist kreativ, engagiert und fit in PHP5? Du bist auf der Suche nach neuen... [weiter](#)



Magath bleibt Sitzung fern - Kommt Rangnick?

Gelsenkirchen (dpa) - Felix Magath ist entgegen seiner Ankündigung nicht zur... [weiter](#)

dpa-Nachrichtenüberblick Sport

DFB bestätigt Vertragsverlängerung mit Löw und Co. bis 2014
Frankfurt/Main (dpa) - Joachim Löw hat seinen Vertrag... [weiter](#)

 powered by plista

© Copyright 2007 DiesbachMedien GmbH